



Das WZB in den Medien Nr. 40/2021

6. April 2021

Printmedien

„Weniger Hilfe für Ayse“

Ruta Yemane zitiert in: Der Spiegel, 3. April 2021

„Vom sanften Schnurren weit entfernt“

Andreas Knie zitiert in: Süddeutsche Zeitung, 3. April 2021

„Der unaufhaltsame Rückzug der Demokratie?“

Michael Zürn zitiert in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1. April 2021

„Klima der Einschüchterung“

Michael Zürn zitiert in: börsenblatt, 1. April 2021

„Transforming the mal-functioning voting democracy to equilibrium democracy“

Daniel Ziblatt zitiert in: China Daily - Hong Kong Edition, 1. April 2021

„Wir müssen den Schülern mehr Zeit zum Lernen geben“

Interview mit Marcel Helbig in: neues deutschland, 30. März 2021

Online-Medien

„Europe Subsidizes Short-Term Work while the United States Opts for Mass Layoffs“

Georg Fischer und Günther Schmid zitiert in: Newsletter Nr. 6 National Jobs for All Networks
Columbia University New York, 6. April 2021

[Mallorca-Reisen: „Das ist eine Absurdität, die keiner so gewollt hat“](#)

Interview mit Andreas Knie in: capital.de, 3. April 2021

[„Der öffentliche Nah- und Fernverkehr ist der große Verlierer“](#)

Andreas Knie zitiert in: capital.de, 2. April 2021

„Arbeitnehmermitsprache: Unternehmen mit starker Mitbestimmung investieren mehr“

Sigurt Vitols und Robert Scholz zitiert in: markenartikel-magazin.de, 1. April 2021

„Wenn Kieze die Autos verdrängen“

Andreas Knie zitiert in: Zeit online, 1. April 2021

Hörfunk/Fernsehen

[„Warum Ayse in der Pandemie weniger Hilfe bekommt als Angelika“](#)

Ruta Yemane zitiert in: Spiegel.de, 3. April 2021

[„Es gibt eine gewisse Grundaggression“](#)

Interview mit Andreas Knie in: ntv.de, 1. April 2021

Autor: LMD,
Seite: 25 bis 25
Rubrik: Meldung Deutschland

Seitentitel: Deutschland
Mediengattung: Zeitschrift/Magazin

¹ IVW 4/2020

² AGMA ma 2021 Pressemedien I

Jahrgang: 2021
Nummer: 14
Auflage: 625.531 (gedruckt) ¹ 649.235 (verkauft) ¹
655.371 (verbreitet) ¹
Reichweite: 5,16 (in Mio.) ²

Sozialforschung

Weniger Hilfe für Ayse

• Ob jemand in der Coronakrise Solidarität von seinen Mitmenschen erfährt, hängt zu großen Teilen von seiner ethnischen Herkunft ab. Das zeigt eine noch unveröffentlichte Studie des **Wissenschaftszentrums Berlin** und des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung. Die Wissenschaftler führten dafür ein Experiment durch: Sie hängten fiktive Hilfesuche an

Schwarzen Brettern und Straßenlaterne in elf deutschen Großstädten aus. Darauf baten entweder Ayse Yilmaz, Xiu Ying Wang oder Angelika Schneider mit einem ansonsten identischen Aufruf um Unterstützung beim Einkauf – etwa weil sie zur Corona-Risikogruppe gehört. Der deutsche Name erhielt mit Abstand die meisten Reaktionen, insgesamt 299 Menschen boten

Hilfe an. Der türkische und der chinesische liegen deutlich dahinter, mit je 227 und 244 Angeboten. Studienleiterin **Ruta Yemane** schließt daraus: »Benachteiligte Gruppen sollten gezielt Hilfsangebote erhalten, da sie in Zeiten der Krise schnell durchs Raster fallen.«

Wörter: 136

Autor: Doris Hempen/ Dr. Ing. Manfred Zacher/ Gerd Backhaus/ Michael-Alexander Seitz/ Wolfgang Hönnicke

Mediengattung: Tageszeitung

Seite: 14

Auflage: 129.747 (gedruckt)¹ 140.869 (verkauft)¹
143.992 (verbreitet)¹

Ressort: Forum & Leserbriefe

Reichweite: 0,556 (in Mio.)²

Ausgabe: Hauptausgabe

¹ von PMG gewichtet 01/2021

² von PMG gewichtet 07/2020

ELEKTROMOBILITÄT IN DEUTSCHLAND

Vom sanften Schnurren weit entfernt

„Antriebsschwäche“ vom 20. März sowie „Nicht der Motor ist das Problem, sondern der fossile Kraftstoff“ vom 18. März:

Ladestationen fehlen

Der Umstieg von Verbrennern auf Elektromobilität ist für mich eine absolute Notwendigkeit. Nur durch eine intelligente Verzahnung von Individualverkehr und öffentlichen Verkehrsmitteln kann ein relevanter Beitrag zur Senkung unseres CO₂-Ausstoßes geleistet werden. Bei der geplanten Anschaffung unseres ersten E-Autos tut sich jedoch ein großes Problem auf, das in der öffentlichen Berichterstattung bisher nicht vorkommt: Wer in verdichteten städtischen Gebieten mit einziger Parkmöglichkeit im öffentlichen Straßenraum wohnt, kann nicht über eine eigene Wallbox laden. Ein öffentliches LadeNetz ist bisher praktisch nicht vorhanden.

In Lübeck gibt es zurzeit zehn öffentliche Ladestellen der Stadtwerke für 220 000 Einwohner. Hier tut sich noch viel zu wenig. Bei circa 14 100 Tankstellen mit meist sechs Zapfsäulen in Deutschland fallen die 4000 von VW angekündigten und die 330 von Lidl angebotenen Schnellladepunkte sehr mickrig aus. In Sachen Ladeinfrastruktur muss sich schnell noch viel tun, um die E-Mobilität in Deutschland alltagstauglich zu gestalten und das Vertrauen in sie zu stärken. Das darf nicht verschlafen werden.

Doris Hempen, Lübeck

Überlastetes Stromnetz

Leider springt ihr Beitrag zum Thema Elektroautos und deren Energieverbrauch zu kurz. Sie beschreiben die augenblickliche Lage und blicken bezüglich des Stromhandels zurück bis zum Jahr 2016. Die Frage ist nach meinem Dafürhalten doch die, wie wir zukünftig die Mobilität gestalten wollen.

Gemäß der Internetseite des Bundesumweltamtes betrug im Jahr 2018 (neuere Daten sind auf der Internetseite nicht verfügbar) der Stromverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland 513 Terawattstunden (TWh). Das entspricht einem täglichen Verbrauch von 1,4 TWh.

Gemäß einem Online-Statistikportal sind zurzeit 48,25 Millionen Pkw in der Bundesrepublik zugelassen. Unter der Annahme, dass 20 Millionen batteriebetriebene Pkw mit einer durchschnittlichen Leistung von 50 Kilowatt täglich eine Stunde unterwegs sind, ergibt sich ein Stromverbrauch von einer TWh pro Tag, also 71 Prozent des gesamten täglichen Verbrauchs an elektrischer Energie. Ich ziehe aus dieser einfachen Rechnung folgende Schlussfolgerungen. Eine Eins-zu-eins-Umstellung von Benzin- oder Dieselmotoren auf elektrisch angetriebene Pkw ist nicht zielführend, da derzeit nicht absehbar ist, woher der Strom für die Elektrofahrzeuge kommen soll. Ferner benötigen wir einen massiven Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, um die Klimaziele zu erreichen und den Energieverbrauch zu senken. Das viel propagierte Elektroauto ist nicht die alleinige Lösung für die anstehenden Herausforderungen.

Dr. Ing. Manfred Zacher, Haar

Schwieriger Strukturwandel

Die Diskussion über die Sinnhaftigkeit der E-Mobilität müsste viel tiefer gehen: Wenn mithilfe der Smartphones die Autos vernetzt werden können, brauchen wir nach Aussage von Professor **Andreas Knie vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung** nur noch circa fünf Millionen Pkw, die gemeinsam genutzt werden können. Das heißt, es wird wahrscheinlich darauf hinauslaufen, dass die Zahl der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie massiv sinken wird. Dieser Arbeitsplatz-

abbau muss gemanagt werden. Eine Riesaufgabe, bei deren Lösung die Gewerkschaften mitgenommen werden müssen. Außerdem: Wenn die vorhandenen Pkw durch E-Pkw ersetzt werden, was haben wir gewonnen? Die viel zu große Inanspruchnahme der Flächen durch parkende Autos in den Städten bliebe bestehen.

Wolfgang Hönnicke, Unna

Arrogante Autoindustrie

Der Auftritt von Präsidentin Hildegard Müller (Verband der Automobilindustrie, VDA) im Interview erinnert unweigerlich an eine Szene aus einem der Gendarmen-Filme von Louis de Funès: Bretter, Bretter, Bretter. Ihre Industrie hat alles richtig gemacht, Probleme bei der Erneuerung unseres Verkehrswesens verortet sie bei der öffentlichen Hand, die es nicht schafft, in der nun für gebotenen gehaltenen Eile eine umfassende Infrastruktur für E-Autos aufzubauen.

Zur Erinnerung: Die öffentliche Hand hat bereits zweimal konkret der Autoindustrie mit sogenannten Abwrack- und Umweltprämien aus der Misere geholfen und tut es permanent in Form sozialer Dienstwagenregelungen, die nichts anderes sind als eine unlautere Quersubventionierung auf Kosten aller. Diese Unterstützung dankt die Autoindustrie mit Methoden, die man nur als Betrug bezeichnen kann, mit Millionengehältern der dafür verantwortlichen Manager, und mit dem Verharren auf Positionen, die schon längst als veraltet nachgewiesen sind. Alleine schon ihre Einlassungen zum Thema Tempolimit stempeln Frau Müller und den von ihr vertretenen Verband als Steinzeit ab. Und von der Vertreterin der mächtigsten Lobby des Landes darüber belehrt zu werden, wie die von ihren Produkten verursachten Umweltschäden zu messen und zu bewerten sind, ist an Imperti-

nenz kaum zu übertreffen.

Dass die fossilen Kraftstoffe nicht bis in alle Ewigkeit zur Verfügung stehen, ist seit mindestens 50 Jahren allgemein bekannt. In dieser Zeit bestand der Fortschritt im Automobilbau vor allem darin, dass ein Kleinwagen, der damals mit 50 PS ausreichend motorisiert war, heute mit 150 PS schon fast als lahm gilt. Wog er damals 700 Kilogramm, sind es heute 1500, und er ist in alle Richtungen um 20 Prozent größer geworden. Heutige Mittelklasse-Pkw wiegen zwei Tonnen – ohne Elektrifizierung – und passen nicht mehr auf normale Parkplätze in Ballungsräumen, weshalb von „Interessensverbänden“ ja auch schon von Handlungsbedarf die Rede ist. Bei den Kommunen, nicht der Industrie.

Dass der aus gespeicherter Energie angetriebene Elektromotor im Autoverkehr, wie wir ihn kennen, keine intelligente Lösung ist, ist ebenfalls kein Geheimnis. Er ist nicht einmal eine vernünftige „Brückentechnologie“, sondern nur ein weiteres Mal eine hervorragende Möglichkeit, neue Autos von dann noch kürzerer Nachhaltigkeit zu

verkaufen. In 10 bis 15 Jahren werden wir dann, überrascht wie immer, feststellen, dass es unmöglich ist, in Großstädten jedem Bewohner eine „Wallbox“ an die Fassade zu dübeln, werden wir uns fragen, wo der hochgiftige und brandgefährliche Sondermüll namens Akku „end“-gelagert werden soll, und werden Betroffenheit heucheln, dass in den Ländern mit den benötigten Rohstoffen Zehnjährige in die Kobaltminen abtauchen – für Schulbildung und ein menschenwürdiges Leben dort aber immer noch keine Mittel zur Verfügung stehen.

Michael-Alexander Seitz, München

Wirtschaftlich unsinnig

Über die E-Mobilisierung und die dafür erforderlichen Batterien und deren Strombedarf wird ständig geschrieben. Über die Stromverteilung in den deutschen Städten für die Ladestationen der E-Autos liest man sehr wenig. So weit wurde vermutlich noch nicht gedacht – eine Schwäche unseres politischen Systems, wie man an den Maßnahmen gegen den Klimawandel, in der Landwirtschaft und bei der Pandemie sehen kann. Ich stelle mir vor, wie zum Bei-

spiel in der Münchner Auenstraße Ladesäule an Ladesäule stehen wird, weil keine Garagen vorhanden sind. Hinzu kommt, dass nicht jeder Hausbesitzer wegen der Brandgefahr der Lithium-Batterien so eine Ladestation haben möchte. Nun verbietet man in weiser Voraussicht das Parken von E-Autos in Tiefgaragen und Parkhäusern. Ich habe auch noch nirgends gelesen, dass die Städte jahrelang die Fußwege und Straßen aufgraben müssen, um neue Kabel für die Ladestationen zu verlegen, weil die vorhandenen Kabelquerschnitte den zusätzlichen Strom nicht übertragen können. Außerdem müssen zusätzlich Transformatoren aufgebaut werden. Die Bezahlung dieser landesweiten Investitionen geht entweder über den Strompreis oder über Steuern. Diese Investitionen sind für den Fetisch Auto erforderlich, auch wenn viele dieser Autos zusammengerechnet nur 16 Tage im Jahr gefahren werden – ein volkswirtschaftlicher Unsinn.

Gerd Backhaus, München

Abbildung:

sz-zeichnung: michael holtschulte

Wörter:

1100

Urheberinformation:

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München

Autor: Jens Balzer
Seite: 121 bis 123
Rubrik: BUCH DES MONATS
Mediengattung: Zeitschrift/Magazin

Jahrgang: 2021
Nummer: 4
Auflage: 12.500 (gedruckt)¹

¹ Verlag 01/2021

Der unaufhaltsame Rückzug der Demokratie?

Von **Jens Balzer**

Worin liegen die Ursachen für den autoritären Populismus, der in den letzten Jahren weltweit an Dominanz gewonnen hat? Und wie steht es um die Zukunft der Demokratie angesichts der populistischen Erfolge? Das sind die Fragen, die sich die Politikwissenschaftler Armin Schäfer und **Michael Zürn** in ihrem Buch „Die demokratische Regression“ stellen. Schäfer ist Professor an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, **Zürn** leitet die Abteilung „Global Governance“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. „Die politischen Ursachen des autoritären Populismus“ – so der Untertitel – wollen sie in ihrer Studie analysieren. Das ist bereits eine programmatische Ansage.

Denn bisher, so ihre Beobachtung, haben zwei Erklärungsmodelle die Debatte über den Populismus bestimmt: Entweder wurde er aus ökonomischer oder aus kultureller Perspektive beschrieben; entweder hat man ihn als Reaktion von wirtschaftlichen Verlierern betrachtet, deren Wohlstand durch die Globalisierung bedroht wird (Philip Manow) – oder als Widerstand gegen eine kosmopolitische Elite, die für den Alltag und die Werte der „einfachen Menschen“ kein Verständnis mehr aufbringen kann (Cornelia Koppetsch). Beide Erklärungen greifen zu kurz, so Schäfer und **Zürn**. Denn warum wählen wirtschaftliche Verlierer ausgerechnet solche Politiker, die – wie etwa Donald Trump und Boris Johnson, aber auch Alice Weidel von der AfD – zur obersten Einkommensklasse gehören und auch vor allem deren Wohlergehen im Auge haben? Das könne die ökonomische Theorie des Populismus nicht erklären. Und die kulturelle Theorie verwechsle Ursache mit Wirkung. So würden populistische Parteien sicherlich auch aus Protest gegen die Aufnahme von Migranten und Migrantinnen

gewählt. Doch rühre dies zunächst aus der Furcht vor der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt – und erst in zweiter Linie aus dem Wunsch, eine traditionelle nationale, kulturelle Identität zu bewahren. Dieser Wunsch sei im Leben der meisten Menschen ja auch sonst nicht sonderlich leitend. Er komme erst auf, wenn man sich durch Migration in seiner ökonomischen Existenz bedroht fühle und sei daher ein Ornament. Gegen diese beiden Erklärungsmodelle setzen Schäfer und **Zürn** auf ein drittes, das sie eben als politisch bezeichnen: Den wesentlichen Grund für den Erfolg autoritärer Populisten sehen sie darin, dass viele Menschen sich von den demokratischen Institutionen nicht mehr gehört und vertreten fühlen. Die demokratische Regression, die dem Buch den Titel gibt, sei eine Krise der Repräsentation. In den letzten Jahrzehnten seien wesentliche politische Entscheidungen von „Mehrheitsinstitutionen“ auf „nicht-majoritäre Institutionen“ verlagert worden: Demokratisch legitimierte, nationale Parlamente spielten eine immer geringere Rolle. Immer größer werde hingegen die Entscheidungsmacht von transnationalen Institutionen wie der Europäischen Union oder dem Internationalen Währungsfonds. Deren Zweck liege darin, „den dreifachen Liberalismus aus individuellen Rechten, internationalen Regeln und freien Märkten durchzusetzen“. Das habe sich bei der Finanz- und Eurokrise 2008 ebenso gezeigt wie bei der Krise im Gefolge der Aufnahme von Flüchtlingen ab 2015. Schließlich wurden in der Coronakrise wesentliche politische Entscheidungen an Experten delegiert, die ihrerseits keiner demokratischen Kontrolle unterliegen.

Autoritäre Sicherheitsversprechen

In diesen drei Krisen habe sich wie unter einem Brennglas die Verschie-

bung der Machtverhältnisse und Entscheidungsstrukturen gezeigt. Dies gelte insbesondere für die Internationalisierung der Politik. Wer weniger Globalisierung möchte, weniger kosmopolitischen Liberalismus – der habe in den bestehenden Strukturen keine Chance mehr, diesen Willen auch durchzusetzen. Keine nationale Volksabstimmung könne die Macht der internationalen Institutionen mehr brechen; und diese Institutionen seien prinzipiell parteiisch in ihrem Eintreten für offene Märkte, für internationale Regeln und für die Betonung der Eigenverantwortung des Individuums, gegen den traditionellen Wohlfahrtsstaat. Darum, so Schäfer und **Zürn**, entstehe bei vielen Menschen der Eindruck, nicht mehr gehört zu werden und keine Chance mehr auf Teilhabe zu besitzen. Dies sei das Einfallstor für die autoritären Populisten, wenn sie sich anmaßen, die „einfachen Menschen“ gegen die „Eliten“ zu vertreten. Dabei kommt ihnen zugute, dass die Demokratien westlicher Prägung nicht mehr in der Lage sind, ihren Bürgern und Bürgerinnen anhaltenden wirtschaftlichen Aufstieg und Wohlstand zu versprechen. Wer sich um den Verlust des eigenen ökonomischen und sozialen Status sorgt, der ist eher dazu bereit, demokratische Freiheit gegen autoritäre Sicherheitsversprechen zu tauschen: Diese Diagnose entspricht jener, die zuletzt Adam Przeworski in seinem Buch „Krisen der Demokratie“ darlegte. In den letzten beiden Jahrzehnten, schreibt er darin, habe sich jener wirtschaftliche Fortschrittsoptimismus erschöpft, der lange Zeit dabei half, das „System organisierter Unsicherheit“, das die Demokratie nun einmal darstelle, für die Mehrheit der Menschen attraktiv zu machen.

Darum sucht, wer sich nicht mehr gehört fühlt und der real existierenden Demokratie daher im Ganzen misstraut, nach starken, autoritären Figuren, die

versprechen, die Macht der Eliten zu brechen. Die politischen Wurzeln des Populismus liegen also nicht in einer weltanschaulichen Verwirrung bestimmter Wählerkreise, sondern in realen Defiziten der demokratischen Repräsentation: Es ist die große Stärke des Buchs von Schäfer und Zürn, diesen Zusammenhang nüchtern und nachvollziehbar zu analysieren. Was nicht bedeutet, dass sie daraus Sympathien für die autoritären Populisten entwickeln. Denn diese wollen ja keineswegs die demokratischen Defizite beheben, aus denen ihre Erfolge rühren. Vielmehr geht es ihnen darum, im vermeintlichen Kampf gegen die Eliten den ebenso vermeintlichen Willen eines als homogen verstandenen Volks durchzusetzen. „Mehr Demokratie“ – also: gerechtere Aushandlungsprozesse, in denen unterschiedliche Lebensrealitäten, Bedürfnisse und Werte und auch Minderheiten zu Gehör gelangen – sind gerade kein Teil ihrer Agenda. Letztlich verschärfen die Popu-

listen die Defizite, denen sie ihren Aufstieg verdanken.

Zudem haben Schäfer und Zürn keinen Zweifel daran, dass die politischen Probleme der Gegenwart nur auf internationaler Ebene zu lösen sind; das gilt für die Regulierung des Finanzwesens ebenso wie für die Klimakrise, die Migration und jetzt die Coronapandemie. Die Globalisierung ist unumkehrbar; jeder Wunsch nach dem Rückbau politischer Entscheidungsprozesse auf die nationale Ebene entspringt einer Verkennung der Realität.

Was also zu tun ist, wissen die Autoren auch nicht. Sie plädieren aber dafür, den „einfachen Menschen“ wieder das Gefühl zu vermitteln, dass nicht alles über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Dazu können sie sich Bürgerbefragungen vorstellen oder auch Quoten bei der Besetzung der Parlamente. Zwar begrüßen sie, dass Frauenquoten diskutiert werden und Quoten für mehr ethnische und kulturelle Diversität. Aber für

die Eindämmung des Populismus wäre es wichtiger, mehr Menschen aus nicht-akademischen Berufen, aus nicht kosmopolitisch orientierten Bevölkerungskreisen in Entscheidungspositionen zu versetzen.

Und besonders wichtig wäre es, transnationale Institutionen wie die EU oder den IWF wieder stärker demokratischer Kontrolle zu unterziehen. Darauf setzen Schäfer und Zürn aber nicht allzu große Hoffnung. Und so bleibt von diesem unbedingt lesenswerten Buch vor allem eine – mit umfangreichem statistischen Material fundierte – Beobachtung haften: Die Demokratien westlicher Prägung, die nach dem Konkurs des sozialistischen Blocks 1989 schon einmal als Endpunkt der Menschheitsentwicklung galten, sind weltweit auf dem Rückzug. Unter den Bedingungen der unumkehrbaren Globalisierung wirkt die „demokratische Regression“ beinahe unaufhaltsam.

Die demokratische Regression

Von Armin Schäfer
und Michael Zürn
edition suhrkamp

SV

Armin Schäfer und Michael Zürn, Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus. Suhrkamp, Berlin 2021. 247 S., 16,50 Euro.

Wörter: 1091

© 2021 PMG Presse-Monitor GmbH

Autor: MICHAEL ROESLER-GRAICHEN
Seite: 18 bis 19
Rubrik: Fokus Politik

Jahrgang: 2021
Nummer: 0401
Auflage: 7.000 (gedruckt) ¹ 5.568 (verkauft) ¹
 6.989 (verbreitet) ¹

Mediengattung: Zeitschrift/Magazin

¹ IVW 4/2020

Klima der Einschüchterung

Die liberale Demokratie ist in Gefahr. Autoritäre Bewegungen sind auf dem Vormarsch, Sachzwänge ersetzen den offenen Diskurs – und linke Identitäre rufen nach Gehorsam.

Würde man auf einer Weltkarte alle autoritär regierten Staaten rot einfärben und alle demokratisch legitimierten grün, dann wäre die Farbe Grün global unterrepräsentiert – erheblich stärker noch als 2010. Die Demokratie als Herrschaftsform steht unter Beschuss, ihre Akzeptanz sinkt, und sie wird zugleich durch Entwicklungen im Innern ausgehöhlt oder entkernt.

Der Lüneburger Politikwissenschaftler Michael Koß analysiert in seinem bei dtv erschienenen Titel »*Demokratie ohne Mehrheit?* Die Volksparteien von gestern und der Parlamentarismus von morgen« (dtv, 272 S., 20 Euro) wesentliche Veränderungen der deutschen Parteienlandschaft. Die traditionellen Volksparteien hätten ihre Rolle eingebüßt, während sich gleichzeitig mit der AfD eine Partei am rechten Rand als Gegnerin der liberalen Demokratie etabliert habe. Da Grundkonsens sei, keine Koalition mit rechten Parteien einzugehen, würden die Mehrheitsbeschaffung und die Bildung handlungsfähiger Regierungen schwieriger, wie etwa das Beispiel Thüringen lehre, so Koß. Die

Zukunft der parlamentarischen Demokratie sieht der Politologe unter anderem in der Aufwertung von Wahlen: mehr Transparenz und eine Beteiligung aller dauerhaft im Land Ansässigen.

Mit der »Methode AfD« beschäftigen sich die Journalistinnen Katja Bauer und Maria Fiedler im gleichnamigen, bei Klett-Cotta erschienenen Band (336 S., 20 Euro). Sie zeigen, wie die Partei mit gezielten Tabubrüchen demokratische Grundgedanken und Institutionen in Verruf bringt, ein Klima der Einschüchterung erzeugt und Rechtsextremisten den Boden bereitet.

Die Politikwissenschaftler Armin Schäfer und **Michael Zürn** sehen als Ursache populistischer Bewegungen nicht nur ökonomische und kulturelle Faktoren, sondern genuin politische. Ihre These: Wenn demokratische Parteien und Regierungen sich nur noch von Sachzwängen leiten lassen, geht demokratische Substanz verloren und bekommen Populisten Zulauf. »Die demokratische Regression« gelte es zu stoppen (Suhrkamp, 247 S., 16 Euro).

Der »*Verlockung des Autoritären*«

(übersetzt von Jürgen Neubauer, Siedler, 208 S., 22 Euro) stellt sich die Historikerin Anne Applebaum in ihrem neuen Buch, das international beachtet wird. Sie zeigt, wie soziale Medien, Verschwörungstheorien, die Sehnsucht nach einem starken Staat und eine rechte Elitenschelte, die sich altlinker Muster bedient, ein Gemisch eingehen, das die liberale Demokratie in die Defensive drängt.

Aber auch im freiheitlichen Diskurs lauert die totalitäre Versuchung: überall dort, wo gesellschaftliche Gruppen nicht nur nach Emanzipation streben, sondern die absolute Deutungshoheit für sich beanspruchen, Kritiker diffamieren und kaltstellen wollen. Die französische Journalistin Caroline Fourest analysiert in ihrem Buch »*Generation beleidigt*« (übersetzt von Alexander Carstiu, Mark Feldon, Christoph Hesse, Edition Tiamat, 144 S., 18 Euro) den Furor linker Identitärer, die Zensur ausüben und Unterwerfung – möglichst in vorauseilendem Gehorsam – verlangen.

Abbildung: Deutungsdilemma: Schneckensteiffs Kommentar zur verzwickten Lage der politischen Kommunikation
Fotograf: © privat · Schneckensteiff · Istockphoto (v. l.)
Wörter: 425

Autor: By Robert S.K. Lee
 Rubrik: HongKong

Mediengattung: Tageszeitung

Transforming the mal-functioning voting democracy to equilibrium democracy

What kind of constitutional arrangement is best suited for realising citizen's rights to participate in public governance? This article examines the inherent problems of the current voting democracy, while the next will explore equilibrium democracy as the best viable alternative.

Voting democracy to achieve "government by consent of the people"?

Under the liberal constitutional paradigm, the power to govern, or to control officials, is said to be based on the aggregated desires, or "consent", of the people. This goal is purportedly achieved by interposing voting democracy between the people and the government. It is naturally assumed that, under voting democracy, a vote cast by a voter accurately reflects his desire (or his wish, interest, preference, or "right", which reflects his "value or dignity"). By adding the votes cast by each voter on each candidate, a coherent consensus will emerge. Such **consensus** leads to constitutional consequences:

- 1) It gives **coherent mandate** to the winning party to legitimize its rule;
- 2) It makes voting democracy **moral**. Since individual desires reflect our "value and dignity", the voting acts, and voting democracy are moral;
- 3) It reflects voters' true desires, which can be translated into public policies by the winning party to serve the people;
- 4) It promotes good governance, social cohesion and avoids social polarization. Since voting democracy "rationally and morally" reflects peoples' "value and dignity", it amounts to a universal arbiter for judging the rights and wrongs of public issues, whether locally or in foreign countries. It demarcates "non-democratic" governments as "authoritarian", and justifies "liberal imperialism". But voting democracy faces fundamental flaws. The key defect, discovered by Kenneth Arrow, is the possibility of circular preferences generated by any voting procedure. Fairness and logicality cannot co-exist in the structure of voting democracy. No fair voting system can avoid incoherence in the resulting "social consensus", or, if the voting result is "coherent", the risk of unfairness in the voting process cannot be excluded:

1) Voting mechanism cannot reliably generate coherent "social consensus" to legitimize the "elected winner".

2) Individual desires are amoral, and tend to be immoral. The acts of voting are inevitably tainted by irrationality and irresponsibility.

3) Voting democracy is vulnerable to manipulation. It can be hijacked by minority interest groups (the Olson logic of collective action); or manipulated through agenda control or strategic voting to change the result of voting. If voting cannot accurately aggregate individual desires into social desires, voters' true desires cannot be reflected in public policies.

4) Party politics under voting democracy tends to result in meagre governance and in polarization. The accumulated social imbalances may trigger social unrest and even military coups. Faith in voting democracy is demonstrated by making critical efforts to improve it, not by forming defensive circles. The following official statement reveals the anxiety of modern liberals: "**We face a world of rising nationalism, receding democracy Together, we will demonstrate not only that democracies can still deliver for our people, but that democracy is essential to meeting the challenges of our time.**" (Interim National Security Strategic Guidance, March 2021, The White House) If the real causes for the decline of voting democracy are inherent, structural, logical and moral in nature, it is futile to focus on the peripheral, or external, causes.

A The inherent failings of voting democracy

A1 Individual desires are interactive and dynamic, not isolated and static Desired - based voting democracy pur-

ports to aggregate individual desires into collective desire, or "social preference", and the party which advocates that "social preference" is mandated to govern the community. If a majority of the voters prefer candidate A to B, and B to C, then the society prefers A to B and to C. The key problem is that both the magnitude and direction of individual desires on social issues are not static or isolated, but are interactive.

The magnitude and direction of individual desires in **interaction** cannot be accurately crystallised in static votes. Each individual voter, by casting his vote, can only "snapshot" a moment in that continuing interacting process. These snapshots cannot be added up to reveal the interactive social consensus. Social consensus does not come from **adding votes**, as assumed in voting democracy.

Interaction of desires can be roughly likened to the traffic flow in a city. The state of "social consensus" generated by interaction of desires can be compared to the state of optimal traffic flow: when everyone can maximise his driving speed to maximise his freedom of movement. That optimal state depends not on the isolated driving of each driver, but on the interaction of all their driving in that particular environment. Cooperative interactions are promoted by a duty-oriented culture but hindered by a right-based culture.

The incoherence of social consensus in voting democracy

Nobel laureate Kenneth Arrow has vigorously demonstrated, in his "General Possibility Theorem" (**Social Choice and Individual Values (SCIV)**, 2nd ed, Yale University Press, 1963), the incoherence of relevant aggregated results. It is impossible to exclude the possibility of paradox of voting (cycle in preference order: $A > B > C > A$) in any minimally fair and rational voting or aggregating procedure.

The rational requirement is that of transitivity of preferences. That is, if society prefers A to B, and B to C ($A > B$, $B > C$),

then the social consensus is that A should win. An obvious fairness requirement is that **no voter can dictate** that social consensus. Voting reveals the social ordering of preferences among the available candidates but not the voters' intensity of preferences, which are bound to be subjective and incomparable.

Arrow concludes: "If we exclude the possibility of interpersonal comparisons of utility, then the only [method] of passing from individual tastes to social preferences which will be satisfactory and which will be defined for a wide range of sets of individual orderings are either imposed or dictatorial." (SCIV, p 59)

Professor William Riker remarks:

"Kenneth Arrow published **Social Choice and Individual Values** in 1951. In the late 1960s, however, a wide variety of philosophers, economists, and political scientists began to appreciate how profoundly unsettling the theorem was and how deeply it called into question some conventionally accepted notions - not only about voting, the subject of this work, but also the ontological validity of the concept of social welfare .

The essence of Arrow's theorem is that no method of amalgamating individual judgments can simultaneously satisfy some reasonable conditions of fairness on the method and a condition of logicality on the result. In a sense this theorem is a generalization of the paradox of voting , for the theorem is the proposition that something like the paradox is possible in any fair system of amalgamating values. Thus the theorem is called the **General Possibility Theorem.**" (Liberalism against Populism (LAP), pp115-116)

This incoherence is a core defect of voting democracy. Some commentators have tried unsuccessfully to solve Arrow's theorem, and perhaps more have pretended that the problem does not exist. Some take the position that, while the logic of Arrow's theorem is sound, in practice cycles are rare. This defence is unsatisfactory to say the least. Professor Riker points out that, inconsistent social choice, such as $A > B > C > A$, **is meaningless.** (LAP, p 136) For it is equally right (and wrong) to say that candidate A (or B, or C) is best or right or most desired by society. If a measuring device **is structurally or logically** defective, it is meaningless to say that in practice, it nevertheless produces "accurate" measuring results. If Arrow's theo-

rem remains invulnerable, voting democracy remains fatally flawed.

Brexit referendum: A practical case of unstable "social consensus"

In June 2016, the Brexit referendum approved the United Kingdom to leave the European Union. While more or less the same electorate had approved the Brexit referendum and elected the Parliament, the latter had persistently rejected Theresa May's European Union withdrawal bill which was designed to implement the Brexit referendum result. The bill was defeated in Parliament on 15 January 2019 by 432 votes to 202 votes, by the record margin of defeat of 230 votes. On 13 March 2019, it was defeated by 391 votes to 242 votes. Then on 29 March 2019, the bill was defeated a third time, by 344 votes to 286 votes. The incoherence of public opinion may be common.

B The dubious social consent

The incoherent consensus under voting democracy is aggravated by dubious votes: that votes tend to be cast irrationally, irresponsibly, and immorally.

B1 Irrational and irresponsible voting, and over mandating

To make his voting decision rational and responsible, a voter should acquire sufficient knowledge of the impact of each election platform on society. But the structure of voting democracy makes this difficult:

(1) Under current voting democracy, competing parties will each provide one composite election platform which sets out a range of policy promises: on taxation, economics, finance, welfare, transport, housing, public order, public health, education, defence, foreign policy, and so on.

(2) It is inevitable that each voter can only be concerned with some of these policies and not others, and familiar with some of them and ignorant of others.

(3) But each voter is required to cast one entire vote, giving full mandate to the preferred party, despite the fact that he has no time or ability to understand sufficiently the impact of the ignored or unfamiliar policies on society.

There is an element of irrationality and irresponsibility in each vote cast. This element taints the mandate, causing "over-mandating" (or "mandate deficit") to the winning candidate.

Brexit referendum: Voting on a composite topic is like "extracting an egg from an omelette"

The Brexit referendum dealt with a

highly composite topic. As the article "**Brexit and Parliament The Noes have it**" (The Economist 19 January 2019) suggests, "**Extracting the country from an intricate framework that stretched farther than anyone realised was bound to be extremely difficult and time-consuming. It also meant that Brexit would be a process, not a single event. Pascal Lamy, a French former European commissioner, likens it to taking an egg out of an omelette.**" The implications of the referendum topic are too complex and intertwined to be susceptible to rational and responsible judgment.

B2 Immoral votes strengthen zero-sum or negative-sum games

Professor Brennan writes, "Voting is morally significant. Voting changes the quality, scope, and kind of government. The way we vote can help or harm people. Electoral outcomes can be harmful or beneficial, just or unjust. They can exploit the minority for the benefit of the majority. They can do widespread harm with little benefit for anyone. I argue that we have moral obligations concerning how we should vote. Not just any vote is morally acceptable." ("**The Ethics of Voting**", Jason Brennan, 2011, Princeton University Press, p.1)

Brennan notes that voting can produce rules which shape society into a positive-sum game, a zero-sum game, or a negative-sum game. (p120) A society may further decay into its worse form, a "retaliatory and preemptive exploitation" game. It is the scenario of a destructive game, where everyone is forced to engage in "predatory or mutually destructive behaviour" for the justifiable aim of survival. (p122) Hobbes has exposed, powerfully, this worse form of destructive game as his "state of nature" (which Hobbes has tried hard to avoid): "In the state of nature, everyone continuously makes war with each other. Even if participating in the system of mutual violence repulses me, I cannot afford not to participate. If I refrain from violence, I will be killed, and no one will be saved in the process." (p122)

Egoistic voting and public-spirited voting

Voting democracy has been dominated by liberal individualism, that the individual is the ultimate unit of existence, values, and "sovereignty". There is nothing wrong to vote egoistically to realise one's dignity.

The " egoistic view of voting " holds

that "citizens rightly may choose government policies maximally favorable to themselves, regardless of what cost these programs impose upon others. On this view, citizens rightly regard government as a source of privileges and grants. Politics is a competition for prizes to be paid for by the losers. Citizens rightly seek to form majority coalitions so they can impose their will upon and exploit the minority. When voting, Peter tries to rob Paul and Paul tries to rob Peter. On its face, this is a bizarre view, but it is quite common." (Jason Brennan, supra, p112)

Brennan promotes the "public spirited view" of voting - each should vote for what he perceives as the common good. He formulates the common good as "Voters should vote for what they justifiably believe will best promote the common good" (p133) While this concept can accommodate a range of contrasting or opposing "conceptions of the right end of government" (Pp117-118) it may be too morally vacuous to provide existential guidance. A liberal egoist would vote for an egoistic candidate as his perceived "common good".

Voting democracy is a neutral mechanism which amplifies the impact of voters' moral, amoral and immoral votes, as the case may be. Voting democracy cannot be a universal norm of demarcation to justify suppressing the "non-democrats".

C Voting democracy and social consensus are vulnerable to manipulations. Social Choice theory shows that voters' desires and public decision procedures are both vulnerable to manipulations. Voting democracy functions more as an instrument than as a regulative norm. In "**The Rise and Decline of Nations**" (Yale University Press, 1982), professor Mancur Olson re-asserts: "**large groups, at least if they are composed of rational individuals, will not act in their group interest**" (p18); "**Members of "small" groups have disproportionate organisation power for collective action**" (p 41). "**There is a systematic tendency for exploitation of the great by the small**". (The Logic of Collective Action, Harvard University Press, 1971, p 29) Under a voting democracy, it is small groups with strong sectarian or special interests, not the general body of voters, which "rule" society.

And Eamonn Butler states, in his "Public Choice - A Primer" (The Institute of Economic Affairs 2012), pp24-

25:

"It shocked orthodox thinkers when Buchanan, with his co-author Gordon Tullock, applied this 'economic' view of human beings systematically through the institutions of government - suggesting that legislators, officials and voters all use the political process to advance their private interests, just as they do in the marketplace. Even more shocking was their conclusion that political decisions, far from being made efficiently and dispassionately in pursuit of the 'public interest', could well be less efficient, less rational and more vulnerable to manipulation by vested interests than the supposedly flawed market process." And manipulations of social choices through strategic voting and agenda control (see LAP, Chapters 6 and 7) are common, and such practices shed further doubt on the integrity of voting democracy.

The relation between voters and political candidates has led to perplexing judgments. In **Bromley LBC v Greater London Council** ([1983] A. C. 768, 771 CA, 813 HL), Lord Denning in the Court of Appeal held that the Labour Party was not bound by its election manifesto to cut the fares on London's buses and tubes by 25 per cent (which necessitated ratepayers of London to contribute £69 million to pay for it). The learned judge observes the voting process:

"Very few of the electorate read the manifesto in full. A goodly number only know of it from what they read in the newspapers or hear on television. Many know nothing whatever of what it contains. When they come to the polling booth, none of them vote for the manifesto. Certainly not for every promise or proposal in it. Some may be influenced by one proposal. Others by another. Many are not influenced by it at all. **They vote for a party and not for a manifesto.** I have no doubt that in this case many ratepayers voted for the labour Party even though, on this one item alone, it was against their interests. And vice versa. It seems to me that no party can or should claim a mandate and commitment for any one item in a long manifesto. When the party gets into power, it should consider any proposal or promise afresh "on its merits" without any feeling of being obliged to honour it or being committed to it..."

Lord Brandon of the House of Lords adds this:

"...It is, of course, entirely appropriate

for a council, the majority of whose members have been elected after setting out a particular policy in their election manifesto, to take into account, and give considerable weight to, that circumstance when exercising their discretion in relation to that policy after they have been elected and come to power. It is, however, entirely wrong for such a majority to regard themselves as bound to exercise their discretion in relation to that policy in accordance with their election promises...."

The downside of these rulings is that, neither the voters nor the candidates need to take election promises seriously. But to many, such election bargaining and promises are the heart of voting democracy.

D Sub-standard governance; decoupling between voters and policy-making; and polarisation

The irrationality in voting will naturally injure the quality of policies and governance. In "**The Myth of the Rational Voter Why Democracies Choose Bad Policies?**" (Princeton University Press, 2007), Professor Bryan Caplan highlights how democracy fails, at pp2-3: "The central idea is that voters are worse than ignorant; they are, in a word, irrational - and vote accordingly. Economists and cognitive psychologists usually presume that everyone "processes information" to the best of his ability. Yet common sense tells us that emotion and ideology - not just the facts or their "processing" - powerfully sway human judgment. Protectionist thinking is hard to uproot because it feels good. When people vote under the influence of false beliefs that feel good, democracy persistently delivers bad policies. As an old computer programming slogan goes, GIGO - Garbage in, garbage out.

Economists have long argued that voter ignorance is a predictable response to the fact that one vote doesn't matter. Why study the issues if you can't change the outcome? I generalize this insight: Why control your knee-jerk emotional and ideological reactions if you can't change the outcome?

Irrational voting results in bad policies: "If we make bad choices at the polls, we get racist, sexist, and homophobic laws. Economic opportunities vanish or fail to materialize. We fight unjust and unnecessary wars. We spend trillions on ill-conceived stimulus plans and entitlement programs that do little to stimulate economies or alleviate poverty ." (The

ethics of Voting, Jason Brennan, at p1.) Professor Martin Gilens and Professor Benjamin Page have conducted a research which reveals that, under voting democracy, the electorate has negligible effect on policy formation (**Perspectives on Politics**, September 2014): "Who governs? Who really rules? To what extent is the broad body of U.S. citizens sovereign, semi-sovereign, or largely powerless?"

...
In the United States, our findings indicate, the majority does not rule"at least not in the causal sense of actually determining policy outcomes. When a majority of citizens disagrees with economic elites or with organized interests, they generally lose. Moreover, because of the strong status quo bias built into the U.S. political system, even when fairly large majorities of Americans favor policy change, they generally do not get it.

Despite the seemingly strong empirical support in previous studies for theories of majoritarian democracy, our analyses suggest that majorities of the American public actually have little influence over the policies our government adopts. Americans do enjoy many features central to democratic governance, such as regular elections, freedom of speech and association, and a widespread (if still contested) franchise. But we believe that if policymaking is dominated by powerful business organizations and a small number of affluent Americans, then America's claims to being a democratic society are seriously threatened."

Professor Ziblatt notes that the two-party system in the U S is partly responsible for the polarisation US society. The fatal mob riot at Capitol Hill on 6 January 2021 reflects a deep and violent division in the U.S. electorate. The Deutsche Welle (DW) website reported

(7 January 2021) in the article "**Capitol Hill riots: Are Western democracies under attack?**":

"Political scientist Daniel Ziblatt has spent many years studying the breakdown of democracies in Europe, Latin America and now his own country, the United States. He believes that democracy is under threat worldwide. **The US is a pretty old democracy, it is a rich democracy. This should make it stable. And the fact that we are seeing the erosion of democracy in the US should be a warning sign to other countries,**' says Ziblatt. The level of polarization, however, is much higher in the United States than in most European countries, Ziblatt believes. **Part of this has to do with the fact that we have a two-party system. That is a zero-sum political battle. Coalition governments can take the hard edge off politics.**"

Polarisation is institutional. A candidate's platform during election is not divisible. Voters have to vote **en bloc**. The more composite party platforms (and politicians are equated with such platforms) are, the less likely they can facilitate rational discussions and command widespread support, the more likely they trigger ideological polarisation. If different party's platforms can be unpacked and repacked into functional policies, the reverse is true. This would demand a shift from the old mentality that politics is all about "**Who should rule?**", to the more fruitful goal of "**How to optimise rational rule?**"

The way forward

If under a voting democracy, 1) voting results tend to be incoherent; 2) voting tends to be irresponsible, irrational, and immoral; 3) voting is vulnerable to manipulation; and policy formation is generally divorced from the voting public, and 4) governance is generally

sub-standard and prone to trigger turmoils, then the desirability of voting democracy dwindles. They must be tackled, not be dodged.

Scholars such as Levitsky and Ziblatt may well have misfired by treating "authoritarian" behaviour as a main cause of declining democracy ("How Democracies Die", Penguin Books, 2018, with "authoritarian indicators" summarised at e.g., pp 65-67). Posting external ideological "enemies" does not remove internal causes of decay. The causes of decline are not behavioural but institutional and logical. Preventing "authoritarian trends" is not sufficient to **demonstrate not only that democracies can still deliver for our people, but that democracy is essential to meeting the challenges of our time.**"

It is not enough just to patch up the declining voting democracy. It must be transformed to one which is 1) capable of unbundling composite issues into functional policies, 2) capable of capturing the equilibrium of interacting desires on policies, 3) propelled by critical rationality, not emotions, and 4) guided by a deep moral sense of humanity: "**We live because of others, and we must live for others**".

The writer is a senior counsel who joined the Hong Kong Legal Department (the Department of Justice after mid-1997) as a public prosecutor in the mid-1980s, and stayed in public service for over 20 years. He maintains a deep interest in classical Chinese philosophy and Popperian critical rationalism. He has compiled books on the philosophy of science and on legal topics, and given jurisprudential lectures at various tertiary institutions.

Wörter:

3891

Urheberinformation:

© Copyright 2021 China Daily Information Company. All Rights Reserved. Provided by SyndiGate Media Inc. (Syndigate.info).

Seite: 2
Ressort: Inland

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 19.256 (gedruckt) ¹ 18.491 (verkauft) ¹
18.805 (verbreitet) ¹

¹ IVW 4/2020

Wir müssen den Schülern mehr Zeit zum Lernen geben

Der Bildungsforscher **Marcel Helbig** kritisiert das Corona-Krisenmanagement in den Schulen

Nach einem Jahr Ausnahmezustand in den Schulen gab es zuletzt erhebliche Leerstellen in den Unterrichtsplänen. Was weiß die Forschung schon über die gegenwärtigen Bildungslücken?

Es liegt ja auf der Hand, dass die Lernrückstände beträchtlich sind, aber sie sind derzeit noch nicht leicht zu erfassen. Einige Studien gibt es schon dazu, die sich mit der Situation nach dem ersten Lockdown beschäftigen. Aber noch wissen wir wenig darüber, wie sich die Defizite in den einzelnen Fächern darstellen. Hamburg hat eine Studie nach dem ersten Lockdown für die Fächer in Deutsch und Mathe präsentiert, die erstaunlicherweise nur kleine Rückstände feststellte. Eine Untersuchung aus den Niederlanden auch über die Zeit des ersten Lockdowns besagt genau das Gegenteil: dass die Bildungslücken so groß sind, als hätte es überhaupt keinen Unterricht gegeben. Die Situation ist aktuell ziemlich unklar. Wir werden es erst mit der Zeit genau wissen, wie groß die Lernrückstände sind. Wer ist besonders vom Ausnahmezustand in den Schulen betroffen?

Das sind natürlich die ohnehin schon immer Benachteiligten, Schüler aus bildungsfernen Elternhäusern. Die werden durch das Lernen zu Hause noch mehr zurückgeworfen als ohnehin schon. Wenn im Elternhaus kein Deutsch gesprochen wird, ist das auch schwierig; dann können die Eltern nur wenig bei den Schulaufgaben unterstützen. Aber sich nur auf die Bildungsfernen zu beziehen, das wäre zu einfach, wir haben in Deutschland auch regional unterschiedliche Lernrückstände. In einigen Gegenden sind die Schulen schon überwiegend wieder im Präsenzunterricht, während sich Schulen in Landkreisen mit einer hohen Inzidenz noch im Lockdown befinden.

Dann wird der Unterrichtsausfall in den Grundschulen, wo die Kinder Elementares lernen, natürlich besonders gravie-

rend sein; die Rückstände werden noch nach Jahren zu bemerken sein. Das ist was ganz anderes als in einer gymnasialen Oberstufe. Wenn ein Elftklässler eine Interpretation von »Faust« verpasst, dann sehe ich das nicht unbedingt als großes Problem an. Wir haben also verschiedene Gruppen, die unterschiedlich unter dem Schulausfall und dem Distanzunterricht leiden.

Wie können die Schüler am besten gefördert werden?

Das grundsätzliche Problem ist zurzeit ja, dass Politik und Schulbehörden, auch wenn ihnen das gar nicht bewusst sein mag, noch immer an den Lehrplänen festhalten. Dabei gibt es seit einem Jahr den Ausnahmezustand, und objektiv betrachtet ist der normale Lernstoff nie zu erreichen. Wenn man sich das endlich eingestehen würde, dann müsste man auch nicht über Nachholen oder Aufholen von Lernstoff reden.

Die Einzigen, die vielleicht nichts aufzuholen haben, sind leistungsstarke Schüler, zumeist aus privilegierten Elternhäusern, die sich mit der Situation einigermaßen arrangieren konnten. Anstatt über Nachhilfeprogramme zu debattieren, wäre es besser, darüber zu reden, wie wir allen Schülern mehr Zeit geben können, damit sie in Ruhe die Folgen des Ausnahmezustands ausgleichen können.

Wie soll das gehen?

Aktuell werden mehrere Vorschläge diskutiert, um verpasste Inhalte aufzuholen: Eine Möglichkeit wäre, den Lernstoff mit ins nächste Schuljahr zu nehmen, dann müsste der Lernplan natürlich angepasst werden, und ein paar Inhalte, die nicht ganz so wichtig sind, würden herausgenommen werden.

Manche fordern auch, das ganze Schuljahr zu wiederholen. Das wäre organisatorisch sicherlich schwierig, weil dann sofort ein doppelter Jahrgang in der Grundschule wäre. Ein solches Szenario würde das Schulsystem überfordern.

Aber wenn wir das Schuljahr bis Weihnachten verlängern würden, dann wären das vier Monate mehr Zeit. Das könnte ausreichen. Interessant ist, dass der Philologenverband in Baden-Württemberg jetzt gefordert hat, zum neunjährigen Gymnasium zurückzukehren. Auch dort gibt es offenbar die Einsicht, dass wir mehr Zeit brauchen.

Wie ist die Corona-Lernhilfe nach dem Hamburger Modell zu bewerten?

Positiv ist auf jeden Fall, dass etwas unternommen wird. Viele Kinder haben durch das Coronajahr nicht nur Schwierigkeiten in der Schule, sondern auch psychosoziale Probleme. Diesen Kindern eine Unterstützung anzubieten, ist natürlich zu begrüßen. Ich sehe aber zwei Probleme bei dem Mentorenprogramm: Zum einen sind es Lehramtsstudierende, die solche Kleingruppen leiten sollen, die oft nicht wissen, auf welchem Stand die Schüler sind. Die jeweiligen Klassenlehrer beispielsweise könnten viel besser einschätzen, welche Unterstützung das Kind braucht. Zum anderen kann das Programm vielleicht in Hamburg funktionieren, ist aber in der Fläche kaum abzudecken. In Universitätsstädten ist das umsetzbar, aber nicht auf dem Land, dort gibt es nicht genügend Mentoren dafür. Folglich wird dieses Angebot, selbst wenn es bundesweit eingeführt wird, nicht allen Kindern helfen.

Ist das freiwillige Wiederholen, das beispielsweise Berlin beschlossen hat, eine Lösung?

Nein, eher nicht. Freiwillige Wiederholungen haben immer auch die negative Grundprämisse, dass es das Kind nicht geschafft hat. Zu befürchten ist außerdem, dass diese Wiederholungen nicht überall gleichermaßen in Anspruch genommen werden. Gerade in Schulen mit vielen Kindern aus bildungsfernen Schichten könnten dann relativ viele Schüler von einer Schuljahreswiederholung Gebrauch machen. Dies können

diese Schulen nicht kompensieren und würden schlechter.
die Lernbedingungen für alle Schüler

Wörter: 760

© 2021 PMG Presse-Monitor GmbH

Mediengattung: Online News

Nummer: 4955967607

Weblink: https://www.markenartikel-magazin.de/_rubric/detail.php?rubric=marke-marketing&nr=39294

Arbeitnehmermitsprache: Unternehmen mit starker Mitbestimmung investieren mehr

(Quelle: Nobilior/Fotolia) Unternehmen mit starker Mitbestimmung der Beschäftigten investieren mehr in die Zukunft als Firmen mit schwacher oder ganz ohne Arbeitnehmermitsprache im Aufsichtsrat.

Wenn institutionelle Investoren wie Hedgefonds oder Vermögensverwalter größeren Einfluss haben, scheint sich das hingegen negativ auf längerfristige Investitionen auszuwirken. Das ergibt eine neue Untersuchung von Forschern des **Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB)**.

Die Studie fußt auf den Geschäftsberichten der rund 190 größten börsennotierten deutschen Unternehmen und erfasst den Zeitraum von 2006 bis 2017. Wie stark der Einfluss der Beschäftigten im jeweiligen Unternehmen ist, bestimmen die **WZB-Wissenschaftler** anhand des Mitbestimmungsindex MB-ix, der vom Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wird. Der MB-ix berücksichtigt unter anderem, welchen Anteil Arbeitnehmervertreter an den Aufsichtsratsmitgliedern haben, ob sie in wichtigen Ausschüssen vertreten sind oder ob es einen eigenen Personalvorstand und einen Europäischen Betriebsrat gibt. Der MB-ix kann Werte zwischen 0 – überhaupt keine Mitbestimmung – und 100 – alle Möglichkeiten der Beteiligung sind ausgeschöpft – annehmen. Im Jahr 2017 beispielsweise kamen knapp 60 Unternehmen auf Werte von 0 bis 9, sie waren also gar nicht oder nur sehr schwach

mitbestimmt. Am anderen Ende der Skala erreichten und 40 zwischen 90 und 100 Punkte. Die übrigen lagen dazwischen.

Beim Blick auf die jeweiligen Investitionen in Sachanlagen mit einer Nutzungsdauer von wenigstens einem Jahr ergeben die Berechnungen der **WZB-Forscher**: Unternehmen mit einem MB-ix von 100 wenden für langfristige Investitionen jährlich einen Betrag auf, der 3,6 Prozent des Gesamtvermögens entspricht. Liegt der MB-ix bei 0, fließen nur 2,6 Prozent in diese Art Zukunftsinvestition. Dabei haben die Wissenschaftler extreme Ausreißer und Einflussfaktoren wie Größen- oder Branchenunterschiede herausgerechnet, um den reinen Effekt der Mitbestimmung isolieren zu können.

"Diese Belege sprechen dafür, dass eine starke Verankerung der Mitbestimmung in den Unternehmen höhere Investitionsquoten fördert", schreiben **Sigurt Vitols**, PhD., und Dr. **Robert Scholz** vom WZB.

Das wiederum sei "Ausdruck für eine langfristige Orientierung am Bestand der Unternehmen und der Standorte". Mit demselben Datensatz haben Vitols und Scholz außerdem explorativ untersucht, welchen Einfluss die Aktionärsstruktur auf die langfristigen Investitio-

nen hat. Ergebnis: Die Kapitalinvestitionsraten liegen 0,4 Prozentpunkte höher in Unternehmen, bei denen 100 Prozent der Anteile von Ankerinvestoren gehalten werden, als bei Unternehmen, bei denen 100 Prozent der Anteile durch institutionelle Investoren jeweils mit Anteilen unter 5 Prozent gehalten werden. Offenbar sind es gerade diese Investoren, die Unternehmen dazu drängen, eher auf kurzfristige Rendite zu setzen und die Erlöse in Form von Dividenden oder Aktienrückkäufen den Aktionären zukommen zu lassen. Damit bestätigt sich ein Trend, der zunächst in den 1980er-Jahren in den USA zu beobachten war.

Dahinter stehen nach Analyse der Wissenschaftler nicht nur besonders aggressive Anleger wie Hedgefonds. Auch andere Vermögensverwalter sehen sich zunehmend mit der Erwartung konfrontiert, kurzfristig, möglichst quartalsweise, Vermögenszuwächse zu präsentieren. Denkbar wäre zudem, dass Manager in der Realwirtschaft schon präventiv auf kurzfristige Rendite setzen – bevor ein aktivistischer Investor ins Unternehmen einsteigt, der ihnen eine entsprechende Politik vorschreibt, um schnelle Kursgewinne zu erzielen. vg

Wörter:

487

Autor: Lukas Scheid
Seite: 0
Mediengattung: Online News

Nummer: 1
Visits (VpD): 3,12 (in Mio.)¹
Unique Users (UUpD): 0,616 (in Mio.)²

Jahrgang: 2021

Weblink: www.zeit.de/mobilitaet/2021-04/superblocks-berlin-barcelona-wohnaviertel-verkehrswende-kiezblocks

¹ von PMG gewichtet 02-2021

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2021-02 vom 05.03.2021, Gesamtbevölkerung 16+

Superblocks in Berlin

Wenn Kieze die Autos verdrängen

In Berlin sollen nach dem Vorbild Barcelonas Blocks entstehen, in denen kaum noch Autos fahren dürfen. Nicht alle sind von der Idee begeistert.

Die Straßen vor der Haustür gehören den Autos. Über sie kommen Menschen zur Arbeit, zum Supermarkt oder zum Besuch bei Freunden und Familie. Doch spätestens seit Beginn der Corona-Pandemie mehren sich die Initiativen, die die Straßen für die Anwohnerinnen und Anwohner zurückerobern wollen. Statt einer Fahrbahn für motorisierte Fahrzeuge könnten Straßen Spielplätze für Kinder oder Sitzgelegenheiten in der Sonne bieten. So stellt sich der Verein Changing Cities das Stadtleben vor und fordert, den Durchgangsverkehr in einigen Berliner Kiezen zu verbieten oder zumindest zu reduzieren.

Mit der Kampagne #Kiezblocks möchte die Organisation 180 verkehrsberuhigte Kieze in ganz Berlin realisieren. "Die Vision ist, dass wir nicht nur nachhaltige, sondern auch lebenswerte Städte haben", sagt Antje Heinrich, Sprecherin der Kampagne. "Das Kiezblocks-Konzept vereint alles, was den Städten derzeit fehlt, aufgrund von Zuwachs, Platzmangel und den damit einhergehenden Umweltproblemen."

Die Kiezblocks funktionieren nach dem Vorbild der Superilles (Superinseln) in Barcelona, auch als Superblocks bekannt. In der katalanischen Hauptstadt wurden bereits in einigen Teilen der Stadt bis zu neun Häuserblöcke zusammengefasst. Einzig Anwohnerinnen und Anwohner dürfen einfahren sowie der Lieferverkehr zu bestimmten Uhrzeiten mit niedriger Geschwindigkeit. Dadurch hat der Verkehr deutlich abgenommen. Auf einigen Straßenkreuzungen und ehemaligen Parkplätzen sind mittlerweile Grünanlagen, Sitzbänke und Fahrradwege entstanden. Die Straßen sind zu Aufenthaltsorten geworden statt Verkehrswegen.

An vielen Eingängen zu den Super-

blocks stehen physische Sperren, sogenannte Modalfilter, um Autos daran zu hindern, hineinzufahren. "Das können Poller oder Blumenkübel sein. Fahrradfahrer und Fußgänger kommen noch durch, aber Autos werden rausgefiltert", erklärt Heinrich von Changing Cities. Wer mit dem Auto in eine dieser Straßen möchte, muss einen Umweg in Kauf nehmen.

Weniger Lärm und Stickoxide

Eine Studie zu Barcelonas Superblocks legt nahe, dass die verkehrsberuhigten Stadtviertel die Lebenserwartung der Stadtbewohner erhöhen, da die gesundheitsgefährdenden Stickstoffdioxid- und Lärmbelastungen sinken. Im Wrangelkiez in Berlin-Kreuzberg und im Samariterkiez in Friedrichshain wurden bereits erste Kiezblock-Maßnahmen umgesetzt, um diese Effekte auch für Berlin zu überprüfen.

Im Samariterkiez bestehen seit August 2019 Durchfahrtsperren und Tempo-Zehn-Zonen. Kritiker der Maßnahmen bemängelten bei einer Diskussionsveranstaltung, dass der Durchgangsverkehr zwar reduziert sei, jedoch Umwege für Anwohnerinnen, Zulieferer, Notärzte und Gewerbetreibende entstünden. Manche sehen die Absperrungen zudem als eine Gefahr der Gentrifizierung, da verkehrsberuhigte Kieze für steigende Mieten sorgen.

Auch die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus sieht die Maßnahme kritisch. "Den von Kiezblocks-Befürwortern beschönigten Vorzügen von weniger Autoverkehr steht eine Verdrängung von Mietern gegenüber, die etwa aus gesundheitlichen oder beruflichen Gründen auf ihren Pkw angewiesen sind", teilt der Verkehrssprecher Oliver Friederici mit. Seine Fraktion fordert Lösungen für Platzmangel und

Luftverschmutzung, ohne dabei andere Verkehrsteilnehmer auszugrenzen: "Wir treten ein für den Ausbau des Rad- und Nahverkehrs, insbesondere für mehr U- und S-Bahnen sowie für Schnellradverbindungen und mehr Pendlerparkplätze in den Randbereichen unserer Stadt." Verkehrs- und Innovationsforscher **Andreas Knie** geht das nicht weit genug. Er sagt, man müsse für weniger Verkehrsanlässe sorgen, indem man Wohnen, Arbeit und Vergnügen kompakter gestaltet. "Im Kiezblocks-Gedanken soll die Zahl der Wege reduziert werden. Man kann im Hinterhof arbeiten und im Vorderhaus wohnen. Man hat eine Kneipe, einen Spielplatz und dadurch mehr Aufenthaltsqualität." In Berlin gehe das besonders gut, sagt er, weil die Menschen nicht nur in der Stadt wohnen, sondern auch arbeiteten. In anderen deutschen Städten sei das häufig nicht mehr so.

Die Kiezblocks sollen nicht nur für eine höhere Lebensqualität innerhalb des Kiezes sorgen, sondern auch Anwohnerinnen und Anwohner überzeugen, zum Allgemeinwohl aufs Auto zu verzichten. "Wenn Kiezblocks nicht mehr so gut mit dem Auto erreichbar sind und das Auto gegenüber nachhaltigeren Mobilitätsformen weniger attraktiv ist, sinkt auch die Anzahl der Autos", sagt Heinrich von Changing Cities. Der freigewordene Platz, zum Beispiel durch wegfallende Parkfläche, könnte anschließend anderweitig genutzt werden, zum Beispiel als Aufenthaltsort.

Einzelhandel könnte profitieren

Der CDU-Abgeordnete Friederici fürchtet in einem solchen Szenario mit weniger Halte- und Lieferzonen um den Einzelhandel und die Versorgung der Anwohnerinnen und Anwohner in den Kiezen. "Zudem berichten Händler von

sinkenden Umsätzen. Es drohen Schließungen von Läden, die Teil eines lebendigen und lebenswerten Stadtteiles sind."

Eine Untersuchung aus San Francisco deutet allerdings an, dass die Umsätze von Restaurants und Lebensmittelgeschäften in Fahrradstraßen eher steigen. Verkehrsforscher **Knie** sagt, diese Entwicklung habe sich durch den gestiegenen Onlinehandel während der Coronapandemie sogar noch verstärkt: "Die Leute wollen, wenn sie überhaupt noch in ein Geschäft gehen, eine besondere Umgebung." Die urbane Dichte der Kiezblocks ermögliche diese.

Im Komponistenviertel und im Arnimkiez in Berlin-Pankow werden derzeit zwei weitere Feldversuche nach dem

Kiezblocks-Konzept geplant, um die Auswirkungen der verkehrsberuhigten Stadtviertel besser kennenzulernen. Dort sollen innerhalb des Kiezblocks Diagonalsperren aufgestellt werden, die eine Durchfahung des Viertels unmöglich machen. Insgesamt gibt es in Berlin 51 aktive Kiezblocks-Initiativen, die alle sehr verschieden in ihren Maßnahmen ausfallen und unterschiedlich weit fortgeschritten sind. Der autofreie Bergmannkiez in Kreuzberg ist bereits beschlossene Sache, wartet aber noch auf die Umsetzung. In Rixdorf sowie im Schillerkiez in Neukölln fehlt noch die Zustimmung des Verkehrsausschusses. Das Ziel des Vereins Changing Cities von 180 Kiezblocks bis zur Abgeordnetenhauswahl im September 2021 dürfte

nicht zu schaffen sein, erfüllt aber seinen Zweck. Immer mehr Kiezblocks-Initiativen entstehen, sammeln Unterschriften und reichen Anträge bei ihren Bezirksämtern ein. Changing Cities unterstützt die lokalen Initiativen, schreibt ihnen aber kein homogenes Verkehrskonzept für ihren Kiezblock vor. "Jeder Kiez ist anders. Man kann nicht ein Modell auf jeden Kiez anwenden", sagt Sprecherin Heinrich. Darum unterstützt die Kampagne auch Initiativen für Fahrradstraßen oder einzelne autofreie Straßenabschnitte. Denn auch diese können dazu beitragen, dass Straßen nicht einzig für den Autoverkehr genutzt werden.

Abbildung:

Pilotprojekt in Berlin-Kreuzberg: Mittwochs wird die Böckhstraße in Berlin-Kreuzberg zu einer Spielstraße.

Fotograf:

F. Anthea Schaap

Wörter:

904